



Präsident Wladimir Putin hat einen von den USA und der Ukraine vorgeschlagenen einmonatigen Waffenstillstand nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Allerdings stellte er gestern zahlreiche Bedingungen, die eine Waffenruhe entweder verzögern oder gänzlich unmöglich machen könnten.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte, Putin habe so viele Forderungen gestellt, „dass am Ende überhaupt nichts daraus wird“ oder es „so lange wie möglich nicht zustande kommt“.

Putin deutete an, dass er auf Beschränkungen der ukrainischen Fähigkeit zur Mobilmachung und zur Einfuhr von Waffen während der Feuerpause bestehen würde. Zudem sagte er, dass sich ukrainische Truppen in der russischen Region Kursk nicht einfach zurückziehen dürften, da Kiew ihnen befehlen könne, sich „einfach zu ergeben“. Seine Aussagen lassen darauf schließen, dass er Russland auf dem Schlachtfeld im Vorteil sieht und dass es in seinem Interesse liegt, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.

Der Kreml hat sich bislang nicht zu den gestrigen Gesprächen zwischen Putin und Steve Witkoff, dem Nahost-Gesandten von Präsident Trump, geäußert. Thema der Gespräche war der von der Ukraine akzeptierte Waffenstillstandsvorschlag. Laut Kreml sprach Putin außerdem telefonisch mit Kronprinz Mohammed bin Salman, dem De-facto-Herrscher Saudi-Arabiens, der sich als Vermittler im Ukraine-Konflikt etabliert hat.

Aus den USA: Trump erklärte gestern, dass die USA und die Ukraine über Gebiete gesprochen hätten, die Kiew im Rahmen einer Einigung zur Beendigung des Krieges möglicherweise abtreten müsse. Er fügte hinzu, dass „viele Details einer endgültigen Vereinbarung tatsächlich bereits besprochen wurden“.

Frontlinien: Russland behauptet, Sudscha, das wichtigste Verwaltungszentrum in dem von der Ukraine letzten Sommer eroberten Teil der Region Kursk, zurückerobert zu haben.

Trump droht Europa mit 200 % Zöllen auf Wein

Präsident Trump verschärfte gestern seinen Handelskonflikt mit der EU und kündigte an, bald Zölle von 200 Prozent auf europäischen Wein und andere alkoholische Getränke zu erheben, falls die EU ihre für den 1. April geplanten Zölle auf US-Waren nicht zurücknehme.



Die Aktienmärkte reagierten mit deutlichen Verlusten und rutschten in den Korrekturbereich, was die wachsende Besorgnis der Investoren über Trumps Wirtschaftspolitik unterstreicht.

Europäische Regierungschefs haben deutlich gemacht, dass sie lieber eine Einigung mit Trump erzielen würden, als selbst Zölle zu verhängen. US-Handelsminister Howard Lutnick warnte in einem Interview davor, Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA zu ergreifen. „Wenn man ihn unglücklich macht, reagiert er unglücklich“, sagte Lutnick über Trump.

Ausblick: Der EU-Handelskommissar wird heute mit seinen US-Kollegen in Washington telefonieren, teilte ein Sprecher mit.

Weinbau: Ein Zollsatz von 200 Prozent „würde das Geschäft völlig ruinieren“, sagte der Besitzer eines kleinen Champagnerhauses, das 10 bis 12 Prozent seiner Jahresproduktion in die USA exportiert.

UN-Gremium: Israel versucht, Geburten in Gaza zu verhindern

Eine UN-Kommission hat Israel beschuldigt, gezielt Krankenhäuser und andere Einrichtungen in Gaza anzugreifen, die reproduktive Gesundheitsdienste anbieten. Sie sprach von einem Versuch, palästinensische Geburten zu verhindern. Außerdem dokumentierte sie eine Reihe sexueller Übergriffe, darunter erzwungenes Entkleiden, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung oder die Androhung solcher Taten sowie sexuelle Folter an Gefangenen.

Der Bericht bezeichnete Israels Handlungen als „genozidal“ und warf der Regierung vor, die Palästinenser kollektiv für den Hamas-geführten Angriff vom 7. Oktober 2023 zu bestrafen, bei dem 1200 Menschen getötet wurden.

Reaktion: Israels UN-Mission in Genf wies den Bericht umgehend zurück und bezeichnete ihn als „schamlosen Versuch, das israelische Militär zu kriminalisieren, um eine vorgefasste politische Agenda zu fördern“. Israel wirft dem UN-Menschenrechtsrat seit Langem vor, es gezielt zu kritisieren.

Syrien: Mehr als 13 Millionen Menschen flohen während des Bürgerkriegs aus ihrer Heimat. Fotos und Videos zeigen die Zerstörung, in die sie nun zurückkehren.



WEITERE TOP-MELDUNGEN

Frankreich: Während sich die US-Politik zunehmend feindselig zeigt, wird Präsident Emmanuel Macron zur Schlüsselfigur der europäischen Bemühungen um strategische Eigenständigkeit.

China: Tesla verliert rapide Marktanteile in seinem wichtigsten Auslandsmarkt, den es jahrelang dominiert hatte.

USA: Zwei deutsche Touristen wurden bei ihrer Einreise in die USA wochenlang festgehalten, bevor sie abgeschoben wurden.

Indien: Elon Musks Starlink hat Verträge mit den beiden größten Telekommunikationsanbietern des Landes unterzeichnet – ein entscheidender Schritt, um Zugang zu einem riesigen Markt zu erhalten.

Arbeitsrecht: Vier indonesische Fischer verklagen den Hersteller von Bumble Bee Thunfisch und werfen dem Unternehmen vor, wissentlich Zulieferer mit Zwangsarbeit zu nutzen.

Jemen: Berichten zufolge ermöglichen ins Land geschmuggelte Komponenten für Wasserstoff-Brennstoffzellen den Huthi-Rebellen den Bau schnellerer und schwerer zu ortender Kampfdrohnen.

Videospiele: Das Unternehmen hinter Pokémon Go hat seine Videospielsparte für 3,5 Milliarden US-Dollar an ein Unternehmen verkauft, das dem saudischen Staatsfonds gehört.

USA: Mahmoud Khalil, ein Absolvent der Columbia University, der derzeit in den USA festgehalten wird, hat die Universität und Abgeordnete verklagt, um die Namen von Mitaktivisten geheim zu halten.

Großbritannien: Premierminister Keir Starmer kündigte die Abschaffung von NHS England an, einer Verwaltungseinheit innerhalb des britischen Gesundheitssystems.